



ALLIANZ COMMERCIAL

Trendreport 2025 zu politischer Gewalt und zivilen Unruhen

Überblick

Wie das Allianz Risk Barometer zeigt, gehören politische Risiken und politisch motivierte Gewalt seit drei Jahren zu den zehn größten Geschäftsrisiken für Unternehmen weltweit. Mittlerweile bereiten die Entwicklungen in diesem Bereich Unternehmen aller Größenordnungen erhebliche Sorgen.

Politisch motivierte Gewalt kann vielfältige negative Auswirkungen für Unternehmen haben. Neben der Gefährdung der Sicherheit von Beschäftigten und Kunden können soziale Unruhen im direkten Umfeld von Unternehmensstandorten Betriebsunterbrechungen oder Sachschäden an Gebäuden oder Vermögenswerten zur Folge haben. Außerdem können Unternehmen indirekte Schäden in Form von Reputationsverlusten erleiden oder dadurch, dass der Zugang zu Räumlichkeiten und Niederlassungen verhindert wird.

Im Superwahljahr 2024 zeigten sich die Unternehmen in diesem Zusammenhang ähnlich besorgt über mögliche lokale Unruhen im Umfeld der vielen weltweit stattfindenden Wahlen wie über die Auswirkungen des Nahost-Konflikts und des andauernden Kriegs in der Ukraine. Insbesondere große und mittelständische Unternehmen sehen zudem das Risiko einer Eskalation des Konflikts zwischen China und Taiwan.

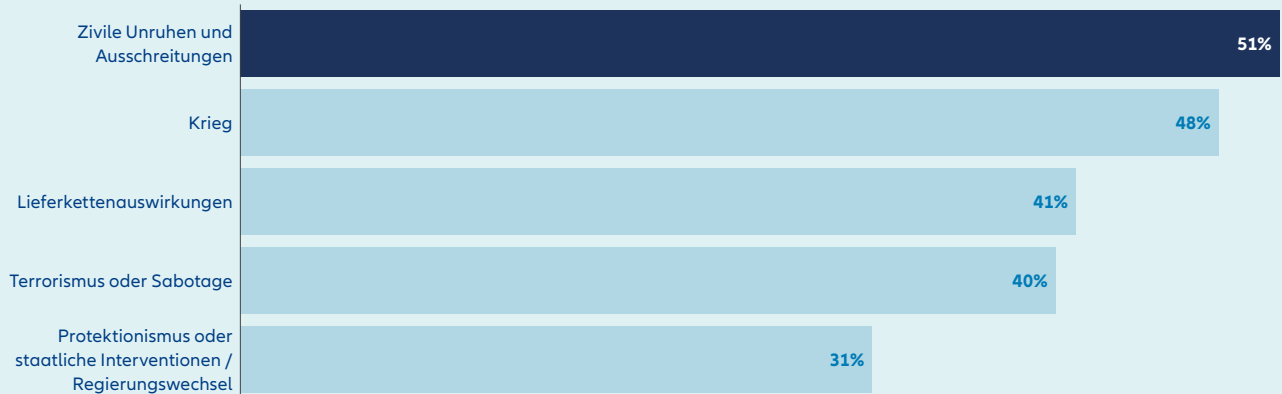
Dass unsere Kunden politisch motivierte Gewalt weiterhin als eines der zehn größten globalen Geschäftsrisiken betrachten, liegt an einer Reihe von Faktoren, die die öffentliche Wahrnehmung bestimmen: einer populistischen, spaltenden und von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägten Politik, dem drohenden Zerfall der Weltordnung durch eine nationalistische Geopolitik und einer von Misswirtschaft und Korruption geprägten Wirtschaft mit einer ständig wachsenden Kluft zwischen den „Superreichen“, den „Reichen“ und dem Rest.

Das Tempo des Wandels, den wir seit 2019 erleben, hat den Unternehmen wenig Zeit gelassen, ihre Lieferketten neu aufzustellen. Dadurch haben sie unter sehr unsicheren Rahmenbedingungen agieren müssen. Ein weiterer Faktor ist die Unvorhersehbarkeit des Ausmaßes, des Ortes und der Dauer jedwelter Vorfällen oder Krisenereignissen. Im Gegensatz zu anderen Gefahren wie Überschwemmungen oder Stürmen ist es im Fall der politisch motivierte Gewalt schwieriger Vorbereitungen zur Schadensbegrenzung zu treffen und Notfall- und Betriebskontinuitätsplänen zu entwickeln.



George Khelashvili / Shutterstock

Welche Risiken durch politische Gewalt und zivile Unruhen bereiten Ihrem Unternehmen die größte Sorge? Top-5-Antworten



Mehr als die Hälfte der Befragten des Allianz Risk Barometer fürchten vor allem die möglichen Auswirkungen von sozialen Unruhen, Streiks und Ausschreitungen.

Quelle: Allianz Commercial, Allianz Risk Barometer 2025
Befragte: 513

Die Zahlen geben an, wie oft ein Risiko als Prozentsatz aller Antworten ausgewählt wurde.
Die Zahlen ergeben nicht 100%, da bis zu drei Risiken ausgewählt werden konnten.

Dass das Umfeld für Unternehmen im Jahr 2025 und darüber hinaus herausfordernd bleiben wird, zeigt sich schon an den nicht abreißen lassen Massenprotesten auf dem Balkan und in der Türkei. Unternehmen müssen sich dieser neuen, von einem zunehmend antisozialen Verhalten und Protestaktivitäten geprägten Normalität stellen, da nicht nur ein feindseliger gegen Regierungen gerichteter Aktivismus zu erwarten ist, sondern derartige Ereignisse auch deutlich länger dauern können. Seit 2017 kam es zu über 800 bedeutenden Protesten gegen Regierungen in mehr als 150 Ländern, davon 160 [allein im Jahr 2024](#). 18 Prozent dieser Proteste zogen sich über mehr als drei Monate hin.

Die anhaltende Gefahr von verdeckten Sabotageakten durch feindliche Staaten bereitet ebenfalls zunehmend Sorge. Unabhängig vom möglichen Ende aktueller Kriege, bleiben diese als Risiko bestehen. Auch wenn kritische Infrastrukturen häufig das Hauptziel derartiger Angriffe sind, reicht das Risiko tatsächlich viel weiter, da Cybertools staatlichen Akteuren die Möglichkeit geben, eine Vielzahl ausgeklügelter und zugleich abstreitbarer Operationen durchzuführen. Dabei tragen die zunehmende Häufung von Anschlägen und Angriffen islamistischer Gruppen und ideologisch motivierter Einzeltäter sowie das Erstarken von Anhängern der extremen Rechten und der extremen Linken zu einer immer komplexeren globalen Terrorismuslandschaft bei. Dieses Risiko umfasst nun eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren.



Untersuchungen der Allianz zeigen, dass es in den 20 Ländern mit der weltweit höchsten Häufigkeit von Protesten und Ausschreitungen im Jahr 2024 mehr als 80.000 Vorfälle gab.

Auch im Jahr 2025 werden internationale Konflikte, geopolitische Umbrüche, gesamtwirtschaftliche Unsicherheit und das Potenzial für Handelskriege zu einer instabilen globalen Lage führen. In diesem Bericht beleuchten die Expertinnen und Experten von Allianz Commercial einige der potenziellen Ursachen für politisch motivierte Gewalt und zivile Unruhen. Unternehmen müssen wachsam in Bezug auf die sich verändernde Natur politischer Gewaltakte bleiben und sich des Risikos bewusst sein, dass lokale Unruhen erhebliche Auswirkungen auf ihre Geschäftstätigkeit haben können.

Zusammenfassung – relevante Trends



Inhalt

SEITE 7

Auswirkungen auf Unternehmen

SEITE 8

Die größten Sorgen

SEITE 10

Unruhen

SEITE 13

Terrorismus

SEITE 15

Sabotage und Krieg

SEITE 17

Cyber

SEITE 20

Umweltaktivismus

SEITE 22

Risikomanagement und Versicherung

Ausschreitungen – die größte Sorge

Firmen zeigen sich besorgter über negative Auswirkungen von politischer Gewalt auf ihren Geschäftsbetrieb als über andere Risiken in diesem Bereich: Aufstände, Streiks oder Ausschreitungen (Strikes, Riots, Civil Commotion – SRCC) gehören zu den Risiken, die sie am meisten fürchten. Laut dem Allianz Risk Barometer sind sie in einigen Ländern sogar Risiko Nummer 1, darunter Kolumbien, Frankreich, Südafrika und die USA. Hier spiegelt sich wider, dass solche Vorkommnisse häufiger stattfinden und länger andauern. Untersuchungen der Allianz zeigen, dass es 2024 in den 20 am stärksten betroffenen Ländern über 80.000 Vorfälle gab – Indien, die USA, Frankreich, Deutschland, die Türkei und Spanien belegen dabei Spitzenplätze.

Seit 2017 gab es in mehr als 150 Ländern über 800 bedeutende Proteste gegen die Regierung, davon allein im Jahr 2024 mehr als 160 Vorkommnisse¹ – 18 Prozent der Proteste dauerten länger als drei Monate. Untersuchungen der Allianz zeigen, dass es im Jahr 2024 in den 20 Ländern weltweit mit den meisten Protesten und Ausschreitungen mehr als 80.000 Vorfälle gab, wobei Indien, die USA, Frankreich, Deutschland, die Türkei und Spanien zur Spitze gehörten.

Diese Sicht auf die Risiken teilen Versicherer, die seit Jahren einen steigenden Trend bei Anzahl und Schwere der SRCC-Risiken beobachten. So haben etwa die Aufstände in Chile und Südafrika in den vergangenen zehn Jahren versicherte Schäden von deutlich über zehn Milliarden US-Dollar verursacht. Das übertrifft das Niveau anderer Schäden im Bereich politischer Gewalt und Terrorismus. In manchen Schwerpunktgebieten ähneln die Schäden den Auswirkungen von Naturkatastrophen oder überschreiten diese sogar. In anderen Gebieten sind zwar die direkten Auswirkungen zu vernachlässigen, dafür haben die Ereignisse langfristige Veränderungen in der Gesellschaft zur Folge.

Alle Arten von ziviler Unruhe und Protestaktivitäten bleiben ein Problem. Faktoren, die dazu beitragen, sind hohe Inflation, Ungleichheit des Wohlstands, Lebensmittel- und Kraftstoffpreise, Ängste bezüglich des Klimawandels und Bedenken hinsichtlich bürgerlicher Freiheiten oder Angriffe auf die Demokratie. Nach dem weltweiten „Superwahljahr“ 2024 können Veränderungen nach den Wahlen oder politische Änderungen durch Regierungen Auslöser sein, die Proteste und Spannungen in vielen Ländern weltweit im kommenden Jahr verursachen. Das gleich gilt für wirtschaftliche Härten, die aus Zoll- und Handelskonflikten resultieren.



Terrorismusrisiko durch mehrere Faktoren beeinflusst

Die zunehmende Häufigkeit von Anschlägen und Plänen islamistischer Gruppen und davon inspirierter Einzelpersonen sowie die wachsende Stärkung von Unterstützern rechtsextremer und populistischer Bewegungen gehören zu den Faktoren, die das komplexe globale Umfeld des Terrorismus beeinflussen. Eine zunehmende Besorgnis ist die Bedrohung durch islamistischen Terrorismus in Europa, mit einer wachsenden Anzahl von Angriffen oder Anschlagplänen in den vergangenen zwölf Monaten. Terroranschläge stiegen im Westen um 63 Prozent, wobei Europa am stärksten betroffen war und sich die Anzahl der Angriffe auf 67 verdoppelte.

Ein Anstieg der Zahl von Terroranschlägen durch politische Extremisten, die sowohl von rechtsextremen als auch von linksextremen Ideologien motiviert sind, wird in diesem Jahr ebenfalls als große Bedrohung betrachtet. Rechts-extremen Terrorismus sehen viele als die am schnellsten wachsende oder prominenteste Bedrohung für die innere Sicherheit an. Analysen zeigen, dass es im Jahr 2024 weit über 100 gemeldete Terrorismus- und rechtsextreme Vorfälle gab, die hauptsächlich durch Ereignisse in den USA, gefolgt von Deutschland, verursacht wurden. Unter-dessen zielen linksextreme Extremisten zunehmend auf Einzelpersonen oder Unternehmen ab, die sie mit Themen wie Kapitalismus, Klimawandel oder Ungleichheit verbinden. Häufigere und schwerwiegendere Aktionen können im Jahr 2025 und darüber hinaus erwartet werden. Ein weiteres Problem: Extremisten handeln zunehmend allein, was es schwieriger macht, sie zu verfolgen und Taten zu verhindern.



Hybride Bedrohungen – kein Ende verdeckter Sabotageakte und Cyberangriffe in Sicht

Verdeckte Sabotageakte durch staatliche Akteure wie Russland, Iran und Nordkorea stehen ganz oben auf der Risikoagenda, da die Zahl der mutmaßlichen Vorfälle zunimmt. Der Aufstieg autoritärer Politik und die Schwächung internationaler Rechenschaftsmechanismen ermutigen Schurkenstaaten weiter. Kritische Infrastrukturen könnten das Hauptziel sein, aber das Risiko ist tatsächlich viel breiter gefasst. Selbst wenn Kriege wie der in der Ukraine enden, wird dieses Risiko bestehen bleiben.

Mehr als drei Jahre nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine umfassen die von Moskau eingesetzten Taktiken physische Sabotage und Cyberangriffe und, nicht zu vergessen, die Wahlbeeinflussung. Analysen legen nahe, dass fast 200 zivile Schiffe verdächtige Spionageaktivitäten in der Nordsee in der Nähe wichtiger Infrastrukturen durchgeführt haben. Zu diesen Aktivitäten gehörte das Durchtrennen kritischer Unterseekommunikationskabel und das Beschädigen von Pipelines. Die Wasserversorgung wurde in mehreren Ländern ebenso ins Visier genommen wie Logistikunternehmen und Transportinfrastrukturen. Weitere Vorfälle beinhalten einen Anstieg von GPS- und AIS-Signal-Störungen auf Schiffen. Nicht nur die Anzahl der Vorfälle nimmt zu, sondern sie erfolgen auch in einem größeren geografischen Raum, wobei sich die Ziele von Skandinavien und den baltischen Staaten westwärts verlagern.

Neue Technik versus alte Technik: Größere Gefahr durch Schäden und Störungen

Die zunehmende digitale Abhängigkeit und gleichzeitige geopolitische Instabilität erhöhen das Risiko von Cyberangriffen, die physischen Schaden verursachen. Angriffe auf kritische Infrastrukturen und physische Vermögenswerte stehen weltweit an zweiter Stelle der besorgniserregendsten Cyber-Bedrohungen für Unternehmen. Auch dies ist ein Ergebnis des Allianz Risk Barometer. Dabei wächst die Besorgnis über die Anfälligkeit für Störungen physischer Prozesse, Schäden an Ausrüstung und sogar Sicherheit.

Um Prozesse in großen Anlagen zu steuern und zu überwachen, werden komplexe industrielle Steuerungssysteme (Industrial Control Systems, ICS) oder Betriebstechnologiesysteme (Operational Technology, OT) verwendet. In vielen Fällen sind diese Systeme älterer Natur. Zum Beispiel könnte in Raffineriebetrieben die Manipulation von ICS und Sicherheitssystemen zu einem katastrophalen Brand oder Umweltschäden führen.



Zunehmend militanter Umweltaktivismus

Das Zurückrudern vieler Länder bei ihren Zielen für Klimaneutralität und die angekündigte Rückkehr zu fossilen Brennstoffen durch einige Unternehmen rufen Umweltaktivisten mehr denn je auf den Plan.

So ist die Zahl der Vorfälle im Bereich des Umweltaktivismus nach Angaben des Risikoanalyse-Unternehmens Seerist zwischen 2022 und 2023 um rund 120 Prozent gestiegen. Mit Sabotageakten oder direkten Störaktionen gegen Unternehmen oder Organisationen, die für die Verschärfung der Klimakrise verantwortlich gemacht werden, erreichen die Klimaproteste zudem eine neue Dimension.

Teilweise eskalieren die Proteste Gewaltakten und größeren kriminellen Handlungen. Dieses Eskalationsrisiko kann nicht ignoriert werden, insbesondere angesichts der Tatsache, dass solche Angriffe häufig schwer zu verhindern oder zu unterbrechen sind.

Risikomanagement und Versicherung

Die anhaltende politisch motivierte Gewalt und weltweit zu beobachtenden Streiks, Proteste und Unruhen stellen nicht nur für Unternehmen, sondern auch für den allgemeinen Versicherungsmarkt eine Herausforderung dar, da die Deckung weit über spezielle Produkte zur Versicherung des „Political Violence & Terrorism“-Risikos hinausreicht. Fast alle Sachversicherungspolicen bieten eine gewisse Absicherung gegen Streiks, zivile Unruhen und Ausschreitungen.

Da sich Unruhen nun schneller und weiter verbreiten können – teilweise dank der Macht der sozialen Medien – können wirtschaftliche und versicherte Verluste durch solche Aktivitäten erheblich sein. Die Muster von Protesten und Gewalt in den letzten zehn Jahren haben gezeigt, dass Ziele wie Regierungsgebäude, Verkehrsinfrastruktur, der Einzelhandel und Logistikzentren für kritische Güter spezifisch sein können, aber oft sind Unternehmen einfach Opfer ihrer Lage und ihres Standorts.

Unternehmen müssen sich des sich wandelnden Risikos politischer Gewalt bewusst sein und ihre Mitarbeiter und ihr Eigentum durch vorausschauende Planung schützen. Dazu gehört etwa ein robuster Business-Continuity-Plan für den Falle eines Vorfalles, die Stärkung der Sicherheit und die Reduzierung des Umfangs oder die Verlagerung von Inventar sowie Gütern, wenn diese mit hoher Wahrscheinlichkeit betroffen sind. Es ist darüber hinaus sinnvoll, Szenarien zu planen und Risiken in relevanten Bereichen im Auge zu behalten, insbesondere bei Logistik- und Fertigungszentren. Das kann das Bewusstsein der Unternehmen dafür schärfen, wo das Risiko politischer Gewalt möglicherweise zunimmt.

Organisationen sollten zudem ihre Versicherung überprüfen. Sachversicherungen können in einigen Fällen Ansprüche aufgrund politischer Gewalt abdecken, aber Versicherer bieten zusätzlich speziellen Schutz an. Unternehmen, die in mehreren Ländern aktiv sind, zeigen mehr Interesse an Deckung für politische Gewalt, aber es gibt auch ein größeres Engagement im KMU- und Mittelstandsbereich in Bezug auf diese Risiken. Hier spiegelt sich die zunehmende Besorgnis in diesem Segment wider.

Politische Gewalt und zivile Unruhen: Auswirkungen auf Unternehmen

Die finanziellen Kosten ziviler Unruhen steigen, da sich diese heute – auch durch den enormen Multiplikatoreffekt der sozialen Medien – schneller und weiter ausbreiten können. Der wirtschaftliche und versicherungstechnische Schaden derartiger Aktivitäten kann erheblich sein und bedeutende Verluste für Unternehmen und ihre Versicherer zur Folge haben.

Ein Blick auf das Muster der Proteste und Ausschreitungen in den letzten zehn Jahren zeigt, dass einige Sektoren und Berufsgruppen sehr viel anfälliger für das gesamte Spektrum politischer Gewaltakte sind. Manchmal sind die Ziele politisch motivierter Aktionen spezifisch. Sehr häufig aber werden Unternehmen nur aufgrund der Standorte ihrer Niederlassungen zum Opfer derartiger Ereignisse.

Am stärksten gefährdete Gebäude und Betriebseinrichtungen

Die Ziele von Protesten und politisch motivierten Gewaltakten variieren je nach Art des Vorfalls – häufig betroffen sind:

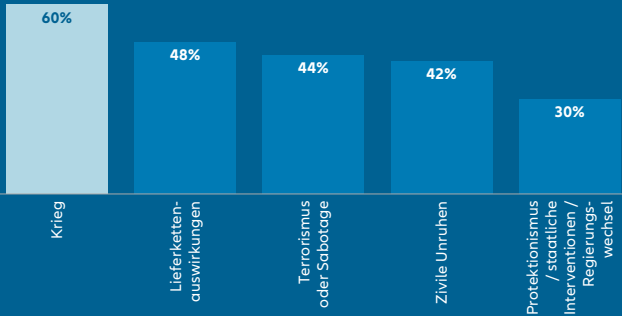
- **Staatliche, kommunale, militärische oder polizeiliche Gebäude** oder Einrichtungen
- **Verkehrsinfrastruktur und -drehkreuze**
- **Einzelhandelsgeschäfte**, insbesondere solche mit hochwertigen Waren, sowie Apotheken, Filialen von ausländischen Unternehmen oder Unternehmen, die für die Globalisierung stehen und/oder die wirtschaftlichen Interessen einer ehemaligen Kolonialmacht repräsentieren
- **Privatunternehmen**, einschließlich solcher, die sich in ausländischem Besitz befinden oder im Verdacht stehen, eine unpopuläre Regierung zu unterstützen
- **Kritische Anlagen** wie Tankstellen oder Infrastruktureinrichtungen mit hohem Wert
- **Verteilzentren** für kritische Waren und Güter
- **Tourismus- und Gastgewerbebetriebe**, u.a. in Ländern, bei denen internationale Regierungen von nicht unbedingt notwendigen Reisen abraten
- **Versorgungsketten** – Lieferkettenstörungen können zu „Ressourcennationalismus“ führen, da Regierungen versuchen, die heimische Versorgung mit lebenswichtigen Gütern sicherzustellen

Ein wachsendes Risiko auch für kleinere Unternehmen

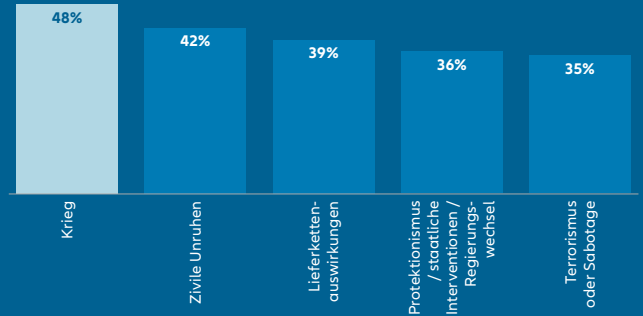
Wie das **Allianz Risk Barometer 2025** zeigt, sind politische Risiken und Gewalt im Ranking der größten Risiken für große globale Unternehmen (Umsatz von über 500 Millionen US-Dollar) weiter nach oben gerückt, von Platz 8 im Vorjahr auf Platz 7. Politische Risiken und Gewalt finden sich aber erstmals auch unter den größten Risiken für kleinere Unternehmen (Umsatz von < 100 Millionen US-Dollar), auf Platz 10. Im Risikoranking der mittelständischen Unternehmen (Umsatz von > 100 bis 500 Millionen US-Dollar) liegt dieses Risiko auf Platz 9. Für kleinere und mittelständische Unternehmen können die Auswirkungen politischer Gewaltereignisse aus mehreren Gründen deutlich gravierender sein, als für multinationale Konzerne. In der Regel sind diese Unternehmen geografisch weniger breit aufgestellt oder stärker auf bestimmte Regionen fokussiert. Wenn ihr Standort von sozialen Unruhen betroffen ist, ist es für sie weitaus schwieriger, potenziellen Risiken wie Sachschäden an Gebäuden, Betriebsunterbrechungen oder Störungen von Lieferketten und Kunden entgegenzuwirken. Außerdem haben sie kleinere Budgets für Risikomanagement-Aktivitäten, Produktionsverlagerungen oder die Erschließung alternativer Käufer- oder Kundengruppen.

Welche Risiken durch politische Gewalt und zivile Unruhen bereiten Ihrem Unternehmen die größte Sorge?

Regionen



257 Befragte



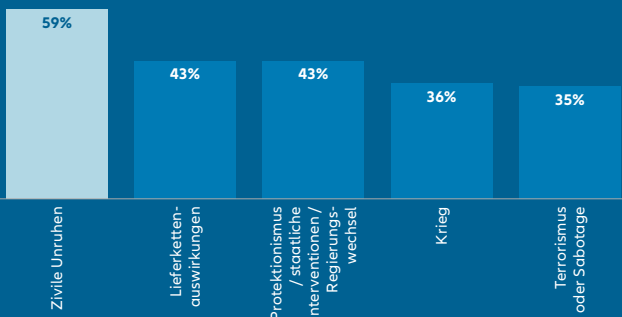
67 Befragte

Europa

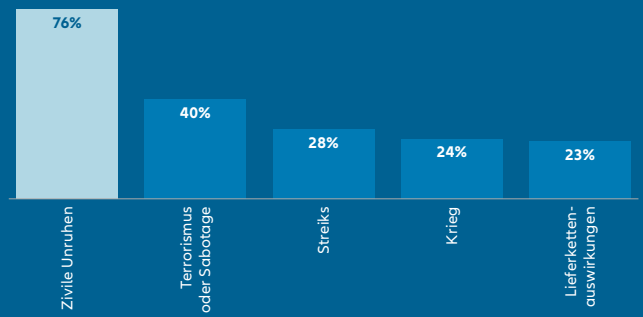
Asien Pazifik

Nord- und Südamerika

Afrika und Naher/Mittlerer Osten



92 Befragte



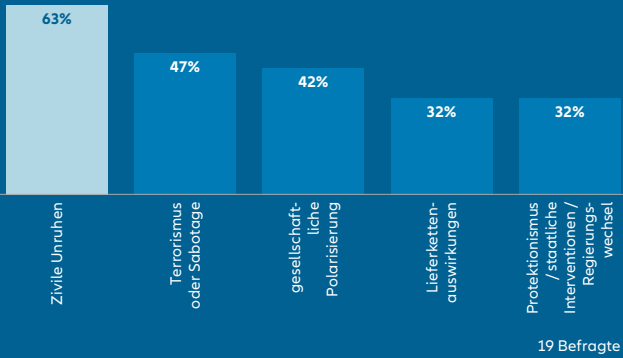
97 Befragte

Quelle: Allianz Commercial, Allianz Risk Barometer 2025

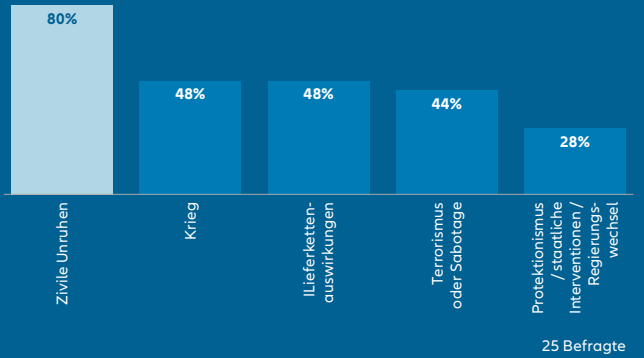
Welche Risiken durch politische Gewalt und zivile Unruhen bereiten Ihrem Unternehmen die größte Sorge?

Länder

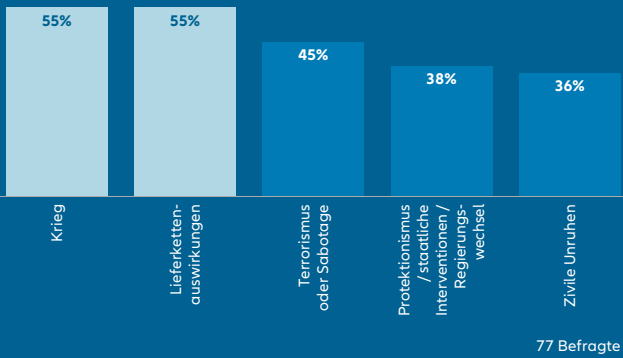
 **Kolumbien**



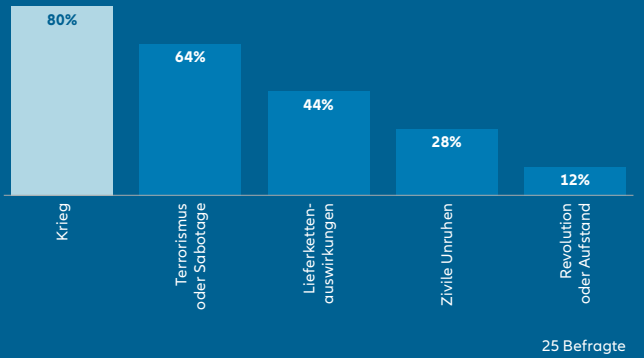
 **Frankreich**



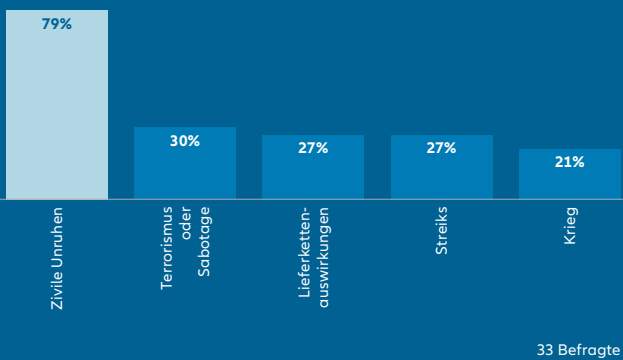
 **Deutschland**



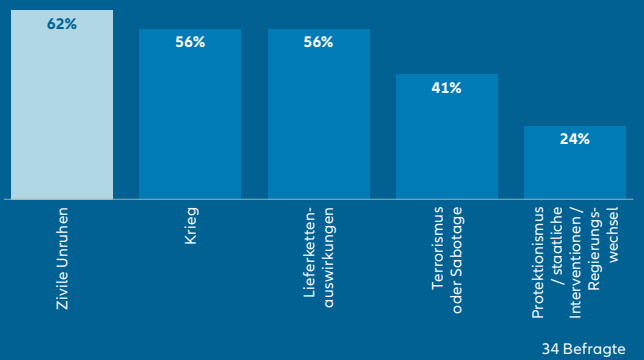
 **Italien**



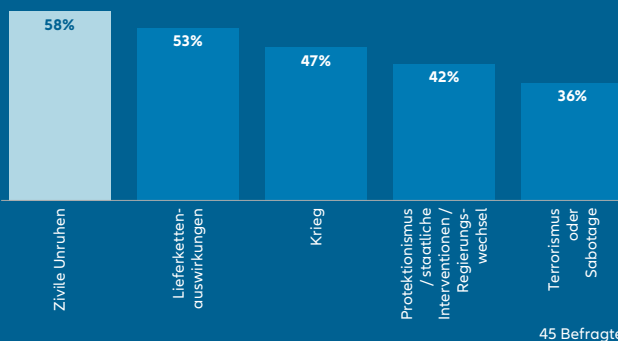
 **Süd Afrika**



 **Großbritannien**



 **USA**



Quelle: Allianz Commercial, Allianz Risk Barometer 2025



TRENDS

Zivile Unruhen – das am meisten gefürchtete Risiko

Unternehmen machen sich größere Sorgen über Störungen ihres Geschäftsbetriebs durch antisoziales Verhalten als durch andere Formen von politischer Gewalt oder Terrorismus.

Die Auswirkungen von zivilen Unruhen, Streiks, Protesten und Ausschreitungen sind das von Unternehmen am meisten gefürchtete Risiko im Bereich „Politische Risiken und Gewalt“ – im Allianz Risk Barometer 2025 nannten mehr als die Hälfte der Befragten dies als ihre größte Sorge. Auch in Ländern wie Kolumbien, Frankreich, Südafrika, Großbritannien und den USA steht dieses Risiko auf Platz 1, da derartige Ereignisse weltweit weiter zunehmen und länger andauern. Wie der Carnegie Endowment Global Protest Tracker zeigt, hat es seit 2017 mehr als 800 bedeutende regierungsfeindliche Proteste in über 150 Ländern gegeben, davon mehr als 160 allein im Jahr 2024 – und 18 Prozent dieser Proteste zogen sich über mehr als drei Monate hin. Untersuchungen der Allianz zeigen, dass es in den 20 Ländern mit der weltweit höchsten Häufigkeit von Protesten und Ausschreitungen im Jahr 2024 mehr als 80.000 Vorfälle gab.

„Die Versicherer können dies bestätigen – wir haben in den letzten sechs Jahren eine Zunahme sowohl in der Häufigkeit als auch in der Schwere dieser Risikoereignisse festgestellt“, sagt **Srdjan Todorovic, Head of Political Violence and Hostile Environment Solutions bei Allianz Commercial.**

„Soziale Unruhen und Massendemonstrationen wie in Chile und Südafrika oder die Black Lives Matter-Proteste in den USA haben in den letzten zehn Jahren zu versicherten Verlusten von weit mehr als 10 Milliarden US-Dollar geführt. Damit übertreffen sie die Versicherungsschäden durch andere Formen politischer Gewalt und Terrorismus. In bestimmten Brennpunktregionen sind die Schäden mit denen von Naturkatastrophen vergleichbar oder können diese sogar übertreffen. Und auch dort, wo die direkten Auswirkungen begrenzt sind, können derartige Ereignisse nachhaltige Auswirkungen auf die betroffenen Gesellschaften haben.“

Im „Superwahljahr“ 2024 wurde fast die Hälfte der Weltbevölkerung zu den Wahlen gerufen. Weltweit herrschte große Besorgnis über die schiere Anzahl an Wahlen und das damit verbundene Potenzial für politische Gewalt, insbesondere in den USA. Doch obwohl es einige bedeutende Ereignisse und Verluste im Zusammenhang mit Protesten, Streiks und zivilen Unruhen gab, zum Beispiel in Großbritannien, Kenia, Neukaledonien und Südkorea, standen diese in keiner direkten Verbindung zum Ausgang von Wahlen.

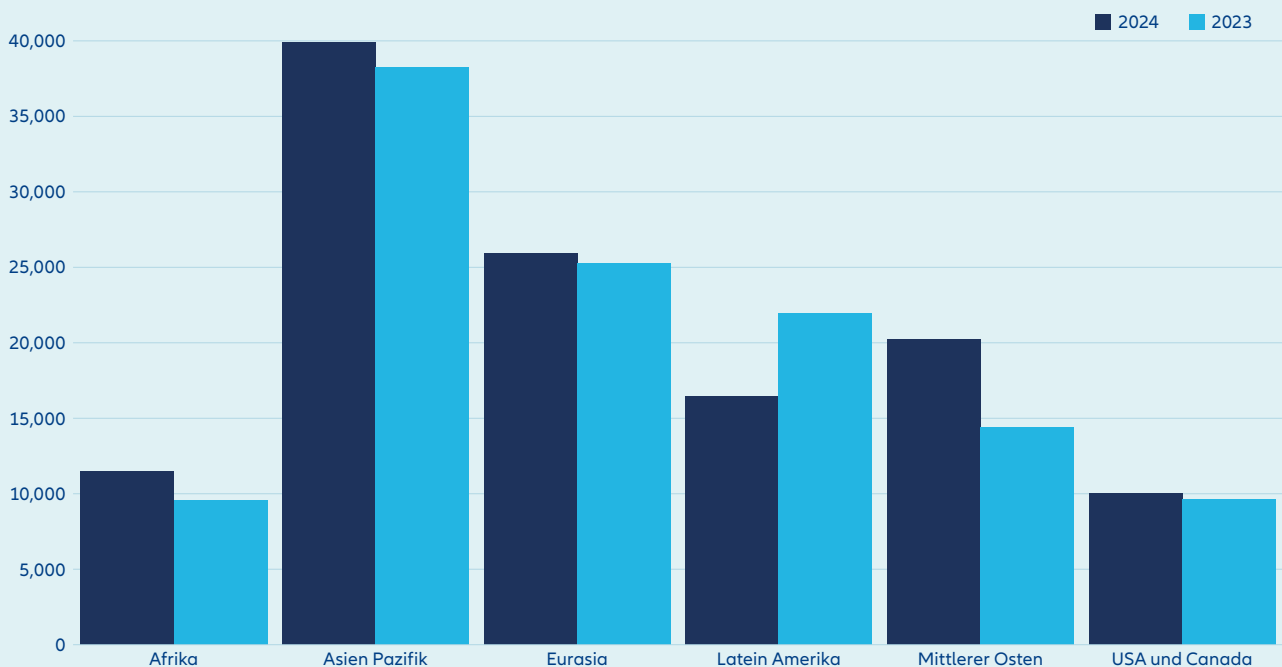
Vielmehr waren politische Kurswechsel und neue politische Vorhaben die Hauptursachen für Proteste, Unruhen und daraus resultierende Schäden. In Kenia eskalierten Proteste gegen eine geplante Erhöhung der Steuern auf Lebensmittel und andere Güter, mit der die Regierung ausländische Kredite zurückzahlen und Entwicklungsprogramme finanzieren wollte. Nach tagelangen Protesten, bei denen Demonstranten das Parlament stürmten und einen Teil des Gebäudes in Brand setzten, sah sich die Regierung gezwungen, das umstrittene Gesetz [zurückzuziehen](#).

Im Mai 2024 kam es in Neukaledonien, einem französischen Überseegebiet im Pazifik, wegen einer von Paris geplanten Reform des Wahlrechts zu [heftigen Ausschreitungen](#). Mindestens 13 Menschen starben, die französische Regierung verhängte den Ausnahmezustand, entsandte Einsatzkräfte in das Überseegebiet und sperrte das soziale Netzwerk TikTok. Die versicherten Verluste summieren sich bislang auf schätzungsweise über eine Milliarde US-Dollar.

Auch in anderen Teilen der Welt hat es aufgrund der wirtschaftlichen Lage gewalttätige Ausschreitungen gegeben, so etwa auf der französischen Karibikinsel Martinique, wo es [im September 2024](#) als Reaktion auf die hohen Lebenshaltungskosten (im Vergleich zum französischen Festland müssen die Einwohner von Martinique rund 30 Prozent mehr für Lebensmittel bezahlen) zu Massenprotesten, bei denen Schüsse abgefeuert wurden, Menschen verletzt wurden, Gebäude und Autos in Brand gesetzt und Geschäfte geplündert wurden.

Anzahl der Proteste und Unruhen nach Region

2023-2024 (Januar - Anfang Oktober)



Im Jahr 2024 wurden in allen Weltregionen, mit Ausnahme von Lateinamerika, mehr Proteste und Ausschreitungen als im Vorjahr verzeichnet.

Quellen: Armed Conflict Location and Event Data (Acled), Allianz Research

Die Top 20 Länder nach Häufigkeit von Protesten und Unruhen im Jahr 2024

Rang	Land	2024	2023	Differenz
1	Indien	18,626	15,373	↑ 21.2%
2	USA	8,549	8,383	↑ 2%
3	Frankreich	5,517	7,045	↓ 21.7%
4	Pakistan	5,405	5,380	↑ 0.5%
5	Mexico	4,921	4,989	↓ 1.4%
6	Deutschland	4,068	2,994	↑ 35.9%
7	Süd Korea	3,931	5,015	↓ 21.6%
8	Türkei	3,729	2,089	↑ 78.5%
9	Spanien	2,933	2,264	↑ 29.6%
10	Morokko	2,857	934	↑ 205.9%

Rang	Land	2024	2023	Differenz
11	Iran	2,815	2,088	↑ 34.8%
12	Indonesien	2,664	2,315	↑ 15.1%
13	Bangladesch	2,223	1,458	↑ 52.5%
14	Italien	2,218	2,366	↓ 6.3%
15	Kenia	2,068	1,311	↑ 57.7%
16	Kolumbien	1,666	2,070	↓ 19.5%
17	Canada	1,577	1,381	↑ 14.2%
18	Süd Afrika	1,544	1,505	↑ 2.6%
19	Japan	1,531	1,290	↑ 18.7%
20	Polen	1,441	713	↑ 102.1%

Indien, Deutschland, Kenia, Polen, Marokko und die Türkei gehörten zu den Ländern, in denen die Häufigkeit von Protesten und Ausschreitungen im Jahr 2024 erheblich zunahm.

Quellen: Acled, Allianz Research. Ausgenommen sind Länder, in denen ein Konflikt andauert (Jemen, Palästina). Zählung der Ereignisse vom 01. Januar bis 04. Oktober eines jeden Jahres.

An der Eskalation der Unruhen, zu denen es in verschiedenen Teilen Großbritanniens nach einem tödlichen Messerangriff auf Kinder bei einem Tanzkurs im Juli 2024 kam, hatten soziale Medien und Desinformation einen erheblichen Anteil. In Umlauf gebrachte Gerüchte, dass es sich bei dem Angreifer um einen illegalen Einwanderer handele, führten zu Demonstrationen in mehr als 20 Städten, die in schweren Krawallen endeten. Die versicherten Schäden durch diese Gewaltexzesse werden auf mehrere hundert Millionen Pfund geschätzt. Tausende Menschen wurden festgenommen und Hunderte landeten im Gefängnis. Auch für Social-Media-Beiträge wurden mehrere Haftstrafen verhängt.

In vielen weiteren Ländern gibt es anhaltende Proteste und Streiks. In Argentinien zum Beispiel ebbten die Massendemonstrationen gegen die Politik der Regierung nicht ab. In Frankreich protestieren die Bauern gegen zu niedrige Verkaufspreise von Lebensmitteln, die Abschaffung von Steuererleichterungen für Agrardiesel und ein Freihandelsabkommen. In Serbien ist aus den durch den Einsturz eines Bahnhofs in Novi Sad im November 2024 ausgelösten Demonstrationen eine Protestbewegung gegen die Regierung entstanden, die sich auf mehr als 400 Städte und Gemeinden ausgeweitet hat und sich gegen den gesamten Machtapparat richtet.

In der Türkei kam es im März 2025 zu Massenprotesten gegen die Verhaftung des Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem İmamoğlu, dem unter anderem Korruption vorgeworfen wird. Untersuchungen der Allianz zufolge gab es in der Türkei bereits 2024 knapp 80 Prozent mehr Proteste und Ausschreitungen als im Vorjahr. Damit gehörte die Türkei zu den zehn Ländern mit den meisten Protesten weltweit.

„Zivile Unruhen und Protestaktionen aller Art bleiben ganz klar ein Problem und eine große Belastung für Unternehmen weltweit. Ihre Auslöser, zum Beispiel eine hohe Inflation, eine ungleiche Vermögensverteilung, hohe Lebensmittel- und Kraftstoffpreise, Sorgen über den Klimawandel oder vermeintliche Angriffe auf bürgerliche Freiheiten und die Demokratie haben nicht an Schärfe verloren. Weitere politische Kurswechsel, zum Beispiel durch neu gewählte Regierungen, oder wirtschaftliche Notlagen durch eskalierende Zollkriege könnten auch im kommenden Jahr in vielen Ländern der Welt zu sozialen Unruhen oder Ausschreitungen führen“, sagt Etienne Cheret, Regional Head of Political Violence and Terrorism bei Allianz Commercial.



TRENDS

Terrorismusrisiko wird durch mehrere Faktoren beeinflusst

Die zunehmende Häufung von Anschlägen und Angriffen islamistischer Gruppen und ideologisch motivierter Einzeltäter sowie das Erstarren von Anhängern der extremen Rechten und populistischer Bewegungen nach Wahlerfolgen tragen zu einer immer komplexeren globalen Terrorismuslandschaft bei.

Im Jahr 2024 haben der Islamische Staat und seine Verbündeten ihre Aktivitäten ausgeweitet und laut dem [Global Terrorism Index von Vision of Humanity](#) mehr als 1.800 Menschen in 22 Ländern getötet. Damit ist der Islamische Staat weiterhin die tödlichste Terrororganisation der Welt.

Die globale Bedrohung durch militante sunnitische Extremisten wird im kommenden Jahr voraussichtlich weiter zunehmen, da die humanitären Krisen im Gazastreifen und im Libanon die Radikalisierung befördern, indem sie die Stimmung in ähnlichen Gruppen weltweit aufheizen und das Gewaltpotenzial erhöhen.

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus in Europa gibt angesichts der steigenden Zahl von Anschlägen und Anschlagplänen in den letzten zwölf Monaten zunehmend Anlass zur Sorge. In der westlichen Welt sind die Terroranschläge um 63 Prozent gestiegen. Am stärksten betroffen ist Europa, wo sich die Zahl der Anschläge auf 67 verdoppelt hat. Im vergangenen Jahr haben die Risiken im Zusammenhang mit Großveranstaltungen wie der Fußball-Europameisterschaft, den Olympischen Spielen, den Paralympics und sogar der Rekord-Welttournee von Taylor Swift zu einer verstärkten Präsenz von Polizei und Sicherheitskräften sowie zur Absage von Veranstaltungen geführt.

Neuere Gruppen wie ISIS-K, der afghanische Ableger der Terrororganisation Islamischer Staat, haben es auf prominente Ziele und hohe Opferzahlen abgesehen, wie beim Anschlag auf die Moskauer Veranstaltungshalle Crocus City Hall im März 2024, der mit mehr als 140 Toten und vielen Verletzten einer der tödlichsten Terroranschläge in Europa war.

Gleichzeitig könnte jedes Machtvakuum im Nahen Osten, zum Beispiel nach dem Sturz des Assad-Regimes in Syrien, zu einer Stärkung und Ausbreitung militanter extremistischer Organisationen führen. Auch im kommenden Jahr dürfte zudem die Zunahme terroristischer Anschläge durch Anhänger rechts- oder linksextremistischer Ideologien eine große Bedrohung darstellen. Wie ein [Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen](#) zeigt, betrachten einige UN-Mitgliedstaaten den rechtsextremistisch motivierten Terrorismus bereits als die am stärksten zunehmende oder sogar größte Bedrohung ihrer inneren Sicherheit.

Rechtsradikale Gruppen und Organisationen – ob Neonazis, „White Supremacists“, Antisemiten oder Einwanderungsgegner – konzentrieren sich auf polarisierende, symbolische Angriffe, die Gemeinschaften spalten und sich gegen schutzbedürftige Gruppen richten. Im Juli 2024 [nahm](#) die EU die in den USA gegründete Netzwerkorganisation „[The Base](#)“, die sich der Anwendung politischer Gewalt oder terroristischer Handlungen [„zur Zerstörung physischer Ausprägungen \[von.\] Modernität, Liberalismus und Kapitalismus“](#) verschrieben hat, als erste Gruppierung der extremen Rechten in ihre Terroristenliste auf. Von Ländern wie Kanada, Großbritannien und Australien wird The Base bereits als terroristische Organisation eingestuft.

Analysen zeigen, dass [im Jahr 2024](#) weit über 100 terroristische und rechtsradikale Vorfälle gemeldet wurden, die

meisten davon in den USA, gefolgt von Deutschland – trotz seiner strengen Gesetzgebung im Bereich NS-bezogener oder rechtsradikaler Vergehen. In den USA stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle zudem um 200 Prozent. Australien berichtete ebenfalls über ein hohes Maß an rechtsradikaler Gewalt aufgrund innenpolitischer Spannungen, und auch in Großbritannien, Frankreich und Spanien gab es derartige Vorfälle. Mit rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten in Ländern wie Argentinien und Kanada ist der Rechtsextremismus inzwischen zudem auch in Regionen vorgedrungen, die traditionell weniger davon betroffen waren.

Gleichzeitig werden von Anhängern anarchistischer oder radikalökologischer Ideologien am linken Rand des politischen Spektrums vermehrt Störaktionen und gezielte Angriffe auf bestimmte Personen oder Unternehmen durchgeführt, die mit Themen wie Kapitalismus, Klimawandel oder soziale Ungleichheit in Verbindung gebracht werden. Links- wie auch Rechtsextremisten profitieren von einer hohen Unzufriedenheit mit Regierungen, einer politischen Polarisierung und sozialen Spannungen, die im Jahr 2025 und darüber hinaus zu häufigeren und militanteren Aktionen führen könnten.

„Darüber hinaus agieren politische Extremisten sowohl am rechten als auch am linken politischen Rand zunehmend als Einzeltäter, was die Aufdeckung, Störung und Verhinderung ihrer Aktivitäten erschwert. Tatsächlich stellen Einzeltäter jeglicher Couleur heutzutage eine der unberechenbarsten terroristischen Bedrohungen dar. Neue Technologien machen es einfacher, derartige Angriffe unentdeckt zu planen und durchzuführen, während sich neue Motivationen und Ideologien über Online-Plattformen schneller verbreiten“, erläutert **Srdjan Todorovic, Head of Political Violence and Hostile Environment Solutions bei Allianz Commercial.**



In den letzten 12 Monaten stiegen die Terroranschläge im Westen um

63%

Die Zahl der Anschläge in Europa verdoppelte sich auf

67



TRENDS

Hybride Bedrohungen – kein Ende der verdeckten Sabotageakte und Cyberangriffe durch feindliche Staaten in Sicht

Unabhängig davon, ob aktuelle Kriege beendet werden, wird es vermutlich weiterhin zu durch feindliche Staaten verdeckt durchgeführten Sabotageakten kommen, die sich zu häufen scheinen. Kritische Infrastruktur mag das Hauptziel der hybriden Kriegsführung sein, aber die Bedrohungen reichen sehr viel weiter.

Im kommenden Jahr und darüber hinaus ist die Gefahr staatlich beauftragter Sabotageakte gegen Vermögenswerte des Privatsektors eine große Sorge. Die zunehmende Verbreitung autoritärer Machtpolitik und die Schwächung der Rechenschaftsmechanismen internationaler Organisationen ermutigen Schurkenstaaten zu einem immer dreisterem Vorgehen.

Im Zuge seines andauernden Angriffskriegs gegen die Ukraine versucht Russland, westlichen Unterstützern der Regierung in Kyiv zu schaden. In diesem Zusammenhang dürfte Russland seine Agenten vor allem auf privatwirtschaftliche Vermögenswerte ansetzen, die in Verbindung mit kritischer Infrastruktur oder der Verteidigungsindustrie stehen. Selbst wenn der Krieg in der Ukraine enden sollte,

wird das Sabotagerisiko bleiben, meint **Srdjan Todorovic, Head of Political Violence and Hostile Environment Solutions bei Allianz Commercial**. Diesbezüglich sei „die Katze aus dem Sack“. Unternehmen in bestimmten Sektoren – insbesondere solche mit Offshore-Anlagen wie die Öl- und Gas-, Telekommunikations- oder Energie- und Versorgungsindustrie – scheinen davon stärker betroffen zu sein. Tatsächlich reicht das Risiko jedoch viel weiter.

„Das ist eine reale Bedrohung für alle in der Schusslinie stehenden Unternehmen und die Versicherungsindustrie, die über Sachversicherungen und Absicherungen gegen Betriebsunterbrechungen, Cyberangriffe, Krieg, politische Gewalt und Terrorismus betroffen sein kann“, so **Todorovic**.



Das Risiko einer breiteren Front für verdeckte Sabotageakte durch staatliche Akteure wie Russland, Iran und Nordkorea wird wahrscheinlich zunehmen

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der dokumentierten Maßnahmen hybrider Kriegsführung durch russische Akteure, einschließlich Sabotageakten, in ganz Europa dramatisch angestiegen. [Untersuchungen der niederländischen Universität Leiden](#) zufolge gab es 44 Vorfälle, gegenüber nur 13 im Jahr 2023, wobei die tatsächliche Zahl noch höher sein dürfte. Nicht nur die Zahl der Vorfälle nimmt zu, sondern auch ihre geografische Ausdehnung, wobei sich die Ziele, die sich zuvor auf Skandinavien und das Baltikum konzentrierten, zunehmend nach Westen verlagern.

Mehr als drei Jahre nach Russlands Einmarsch in die Ukraine setzt Moskau auf Taktiken wie physischer Sabotage und Cyberangriffe sowie die Beeinflussung von Wahlen. Analysen haben [fast 200 zivile Schiffe](#) identifiziert, die in der Nordsee in mutmaßliche Spionageaktivitäten in der Nähe kritischer Infrastrukturen sowie in Sabotageakte wie das Durchtrennen wichtiger Unterwasser-Telekommunikationskabel und die Beschädigung von Pipelines involviert gewesen sind. In Finnland, Deutschland und [Schweden](#) war zudem die Wasserversorgungsinfrastruktur Ziel von Sabotageakten. Auch in Bezug auf mehrere Vorfälle beim Logistikunternehmen DHL im britischen Birmingham (Paketbrand in einem Lager) sowie in Leipzig (Absturz eines Frachtflugzeugs) wird geprüft, ob es sich um Sabotagefälle handeln könnte. Ein weiteres aktuelles Thema ist die massive Häufung von GPS-Störungen und Abschaltungen des automatischen Identifikationssystems (AIS) bei Schiffen im Ostseeraum.

„Vor dem Hintergrund des andauernden Krieges in der Ukraine und der anhaltenden Verluste wichtiger Verbündeter Russlands – beispielsweise durch den Sturz des ehemaligen syrischen Machthabers Baschar al-Assad – dürfte die Gefahr verdeckter Sabotageakte durch staatliche Akteure wie Russland, Iran und Nordkorea weiter zunehmen. Leider gibt es keine schnelle und einfache Lösung, um diese hybriden Angriffe zu stoppen“, sagt Todorovic.



TRENDS

Veraltete Technologien bieten feindlichen Staaten mehr Angriffsfläche und erhöhen das Stör- und Schadenpotenzial

Tools zum Führen von Cyberkriegen ermöglichen es staatlichen Agenten, professionelle und im Bedarfsfall abstreitbare Operationen durchzuführen, von ausgeklügelten Phishing-Angriffen bis hin zu massiven Schädigungen von Infrastrukturanlagen.

Technologische Fortschritte und die globale Vernetzung haben zu einer vermehrten Produktion und Verbreitung von Fehlinformationen und Desinformationen geführt. Um Zwietracht zu säen, orchestrieren hochqualifizierte Bedrohungsakteure, die in der Regel für feindlich gesinnte Staaten oder Organisationen arbeiten, ausgeklügelte und anhaltende Cyberangriffe (Advanced Persistent Threats, APT). Mithilfe von Techniken wie manipulierten Online-Nachrichtenplattformen oder kompromittierten Social-Media-Konten verbreiten sie Falschinformationen, um reale Ereignisse wie eine verschärfte, politische Polarisierung oder soziale Unruhen und Aufstände zu provozieren

oder demokratische Wahlen zu untergraben. APT-Gruppen führen häufig ausgeklügelte Cyberspionage-Angriffe durch. Beispielsweise führten nach dem Messerangriff im britischen Southport im Jahr 2024 gezielte Desinformationen auf Social-Media-Kanälen, die in rechten Kreisen einflussreich sind, zu sozialen Unruhen und Ausschreitungen rechtsextremer Randalierer.

Die zunehmende Abhängigkeit von digitalen Technologien und die instabile geopolitische Lage erhöhen auch das Risiko von Cyberangriffen mit physischen Schäden, meint **Rishi Baviskar, Global Head of Cyber Risk Consulting, Allianz Commercial.**

Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur

- Während der Corona-Pandemie nutzten APT-Akteure ungepatchte Software-Schwachstellen aus und griffen Organisationen mit Passwort-Spraying-Angriffen an, um sie zu infiltrieren. Beim Passwort Spraying wenden Angreifer eine Liste von häufig verwendeten oder schwachen Passwörtern auf viele Benutzerkonten an, um unbefugten Zugriff zu erlangen. Zu ihren Zielen gehörten Einrichtungen des Gesundheitswesens, Pharmaunternehmen, Hochschulen, medizinische Forschungseinrichtungen und Kommunalverwaltungen. Ziel war es, für kommerzielle und staatliche Zwecke Zugang zu gesundheitspolitischen Informationen und sensiblen Covid-19-Forschungsergebnissen zu erhalten.
- Laut FBI steckt hinter dem 1,5 Milliarden Dollar schweren Hackerangriff auf die Kryptobörse Bybit im Februar 2025 die mit Nordkorea in Verbindung stehende Gruppe TraderTraitor. Ein Diebstahl dieser Größenordnung führt zu Störungen auf den Finanzmärkten, untergräbt das Vertrauen in die Institutionen und trägt zu wirtschaftlicher Instabilität bei, was wiederum soziale Unruhen und politische Gewalt zur Folge haben kann. Darüber hinaus finanziert Nordkorea mit seinen Cyberverbrechen Aktivitäten, die die internationale Sicherheit bedrohen, geopolitische Spannungen verschärfen und die Gefahr eines Cyberkriegs erhöhen.
- Im April 2024 bekannte sich die Hacktivistengruppe „Cyber Army of Russia Reborn“ zu Cyberangriffen auf die Steuerungssysteme der Wasserversorgungsunternehmen in den texanischen Städten Abernathy und Muleshoe sowie auf die Kläranlage Tipton West in Indiana. In Videos zeigten die Angreifer, wie sie angeblich Mensch-Maschine-Schnittstellen (HMIs) manipuliert hatten, die zur Steuerung der Versorgungsinfrastruktur eingesetzt werden.
- Nach einem Ransomware-Angriff auf die Betreiberfirma der größten US-Pipeline musste die Colonial Pipeline im Jahr 2021 für mehrere Tage stillgelegt werden, was Auswirkungen auf Verbraucher und Fluggesellschaften entlang der Ostküste der USA hatte.
- Bereits 2015 hatten Cyberangriffe mit der Malware BlackEnergy massive Stromausfälle in der Westukraine zur Folge, von denen rund 225.000 Menschen betroffen waren. Diese Vorfälle, die staatlichen russischen Akteuren zugeschrieben werden, verdeutlichen die Anfälligkeit kritischer Energieinfrastrukturen für Cyberbedrohungen.

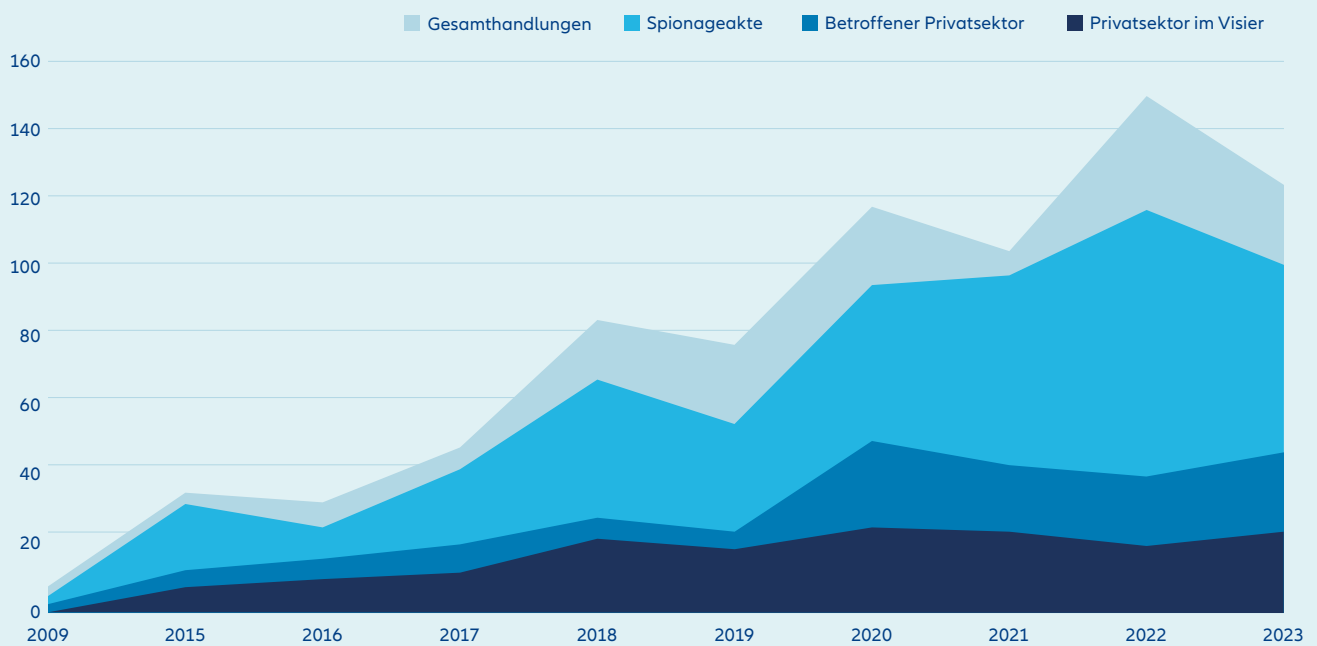
Kritische Infrastrukturen wie Energie-, Verkehrs- und Fertigungssysteme sind zunehmend anfällig für Cyberangriffe, die Betriebsstörungen und physische Schäden zur Folge haben oder die Sicherheit von Menschen gefährden können. Zur Steuerung und Überwachung der physischen Prozesse in diesen großen Anlagen werden komplexe industrielle Steuerungssysteme (ICS) und operative Technologien (OT-Systeme) eingesetzt. „Viele dieser Systeme sind veraltet. Dadurch sind sie anfälliger für Angriffe, die physische Prozesse stören und potenziell gefährliche Szenarien zur Folge haben können“, erläutert **Baviskar**.

Beispielsweise kann die Manipulation von ICS- und Sicherheitssystemen in Raffinerien zu katastrophalen Bränden und Explosionen führen und durch die Freisetzung von Kohlenwasserstoffen große Umweltschäden verursachen. Auch Versorgungsunternehmen sind in hohem Maße von OT-Systemen abhängig. Aufgrund unregelmäßiger Sicherheitsupdates stellen die häufig veralteten Geräte mit ungesichertem Internetzugang in diesen Netzwerken eine erhebliche Sicherheitslücke dar. Die Schwachstellen des Versorgungssektors im Bereich der Cybersicherheit machen diesen sehr anfällig für Angreifer. Angriffe auf OT- und ICS-Systeme, die über das Internet zugänglich sind,

zum Beispiel im Abwasser- und Wassersektor, könnten Millionen von Menschen betreffen und schwerwiegende Folgen für die öffentliche Gesundheit und Sicherheit haben, so **Baviskar**.

Die Anfälligkeit von Transport- und Verkehrssystemen für Cyberbedrohungen gibt auch ernststen Anlass zur Sorge hinsichtlich des Potenzials für cyber-physische Angriffe – Angriffe auf physische Systeme und Infrastrukturen durch Ausnutzung von Schwachstellen in ihrer zugehörigen Software und ihren Netzwerkverbindungen, die materielle Schäden zur Folge haben können. Moderne Flugzeuge verfügen zwar über strenge Sicherheitsprotokolle. Schwachstellen in der Flughafeninfrastruktur, einschließlich der Gepäckabfertigung und der Flugsicherung, stellen jedoch ein reales Risiko für physische Schäden durch Cyberangriffe dar. Cyberangriffe auf andere Verkehrsinfrastrukturen können ebenfalls erhebliche Sachschäden zur Folge haben. So können Störungen der Signalsysteme im Schienenverkehr zu Kollisionen oder Entgleisungen führen. Im August 2023 zeigte ein Cyberangriff auf das polnische Eisenbahnsystem, bei dem Hacker ungesicherte Funksignale manipulierten, um Notbremsungen auszulösen, wie anfällig veraltete Infrastruktur für digitale Bedrohungen ist.

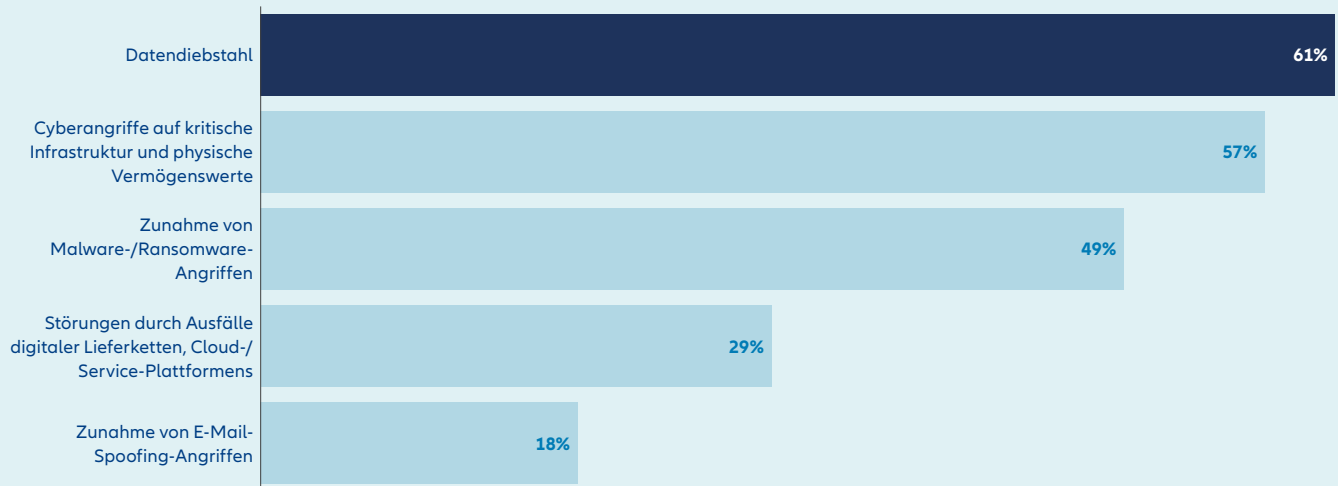
Weltweite Zunahme staatlich beauftragter Cyber-Operationen



Quelle: European Commission, Böswillige Akteure überlisten, um hybride Angriffe abzuwehren, Gemeinsam sicherer
Basierend auf EUISS, 2024, und Council on Foreign Relations, Cyber Operations Tracker, 2024.

Welche Cyberrisiken bereiten Ihrem Unternehmen die größte Sorge?

Top-5-Antworten



Unter den größten Cyberrisiken für Unternehmen liegen Angriffe auf kritische Infrastrukturen und physische Vermögenswerte weltweit auf Platz 2.

Quelle: Allianz Commercial, Allianz Risk Barometer 2025
Befragte: 1.450

Die Zahlen geben an, wie oft ein Risiko als Prozentsatz aller Antworten ausgewählt wurde.
Die Zahlen ergeben nicht 100%, da bis zu drei Risiken ausgewählt werden konnten.

Wie Baviskar erläutert, erfordert die Bewertung der Cyberresilienz kritischer Infrastrukturen einen mehrdimensionalen Ansatz:

„Bei der Allianz führen wir mit unseren Kunden im Rahmen eines Cyberrisiko-Dialogs gezielte Gespräche, um die potenziellen Bedrohungen für die jeweilige Branche zu verdeutlichen und die Schwachstellen der Versicherten in Bezug auf Beschäftigte, Technologie und Prozesse zu erörtern. Neben traditionellen IT-Abwehrmaßnahmen umfassen diese Bewertungen die genaue Untersuchung von Schwachstellen, einschließlich Altsystemen, die oft schlecht für moderne Cyberbedrohungen gerüstet sind, sowie eine umfassende Bewertung der Wertschöpfungskette des Versicherten.“

Die größten Sicherheitslücken entstehen oft durch ungepatchte, schlecht gesicherte Altsysteme und die Konvergenz von IT- und OT-Netzen. Durch Schwachstellen in der Lieferkette, unzureichende Notfallpläne und fehlende Schulungen zum Sicherheitsbewusstsein werden diese Risiken zusätzlich verschärft. Menschliches Versagen, insbesondere bei der Zugriffsverwaltung und bei Patching-Protokollen, stellt nach wie vor ein wichtiges Einfallstor für Cyberkriminelle dar.

„Durch die Kombination von künstlicher Intelligenz, sozialen Medien, Phishing und Business Email Compromise-Angriffen ist eine komplexe und dynamische Bedrohungslandschaft entstanden“, sagt Baviskar. „Diese Technologien werden zu Waffen für überzeugendere und effektivere Cyberangriffe umfunktioniert.“

Entscheidend ist, wie eine Organisation während und nach einer Betriebsunterbrechung kritische Funktionen aufrechterhält, beziehungsweise wiederherstellt. Eine robuste Geschäftskontinuitätsplanung umfasst eine Business Impact-Analyse, um kritische Funktionen zu identifizieren, sowie definierte Verfahren und Strategien für die Wiederherstellung des Geschäftsbetriebs, klare Kommunikationsprotokolle, verlässliche Backup- und Recovery-Systeme, flexible alternative Arbeitspläne und regelmäßige Tests und Übungen. Umfassende Audits decken die physische Sicherheit, Protokolle zur Reaktion auf Vorfälle und die Resilienz der Lieferkette ab. Regelmäßige Penetrationstests und die Integration von Bedrohungsdaten sind ebenfalls unerlässlich, um neu auftretende Risiken zu erkennen und zu mindern und sicherzustellen, dass kritische Dienste geschützt bleiben, so Baviskar.



Brian Minkoff / Shutterstock

TRENDS

Zunehmend militanter Umweltaktivismus

Das Zurückrudern vieler Länder bei ihren Zielen für Klimaneutralität und die angekündigte Rückkehr zu fossilen Brennstoffen durch einige Unternehmen rufen Umweltaktivisten mehr denn je auf den Plan

Nach Angaben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) war 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Zum Jahresende wurden Befürchtungen laut, dass auch das weltweite Engagement für den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen an Schwung verlieren könnte, da die Umstellung auf saubere Energie langsamer voranschreitet, während die Verbrennung fossiler Brennstoffe weiter zunimmt.

Unter dem US-Präsidenten Donald Trump sind die USA zum zweiten Mal aus dem Pariser Klimaabkommen ausgestiegen, der wichtigsten globalen Initiative zur Bekämpfung der Erderwärmung. Trump hat ein neues Öl-Zeitalter ausgerufen und plant unter dem Motto „Drill, Baby, Drill“ eine massive Ausweitung der **Öl- und Gasförderung**. Mehrere Länder haben Pläne in eine ähnliche Richtung angedeutet oder bekannt gegeben, dass sie ihre Klimaziele aus **haushaltspolitischen Gründen** anpassen werden oder bereits angepasst haben. Gleichzeitig haben mehrere Energiekonzerne angekündigt, ihre Investitionen in erneuerbare Energien deutlich zu reduzieren und die Öl- und Gasproduktion zu erhöhen.



Umweltproteste eskalieren von Belästigungen zu größeren Straftaten

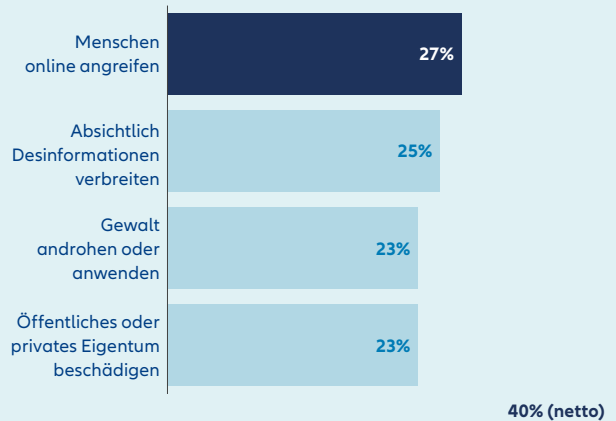
Es überrascht daher nicht, dass auch im Bereich des Umweltaktivismus in diesem Jahr mit einer Verschärfung gerechnet wird. Damit setzt sich der Trend der letzten Jahre fort. So ist die Zahl der Vorfälle im Bereich des Umweltaktivismus nach Angaben des Risikoanalyse-Unternehmens Seerist zwischen 2022 und 2023 um rund 120 Prozent gestiegen. Mit Sabotageakten oder direkten Störaktionen gegen Unternehmen oder Organisationen, die für die Verschärfung der Klimakrise verantwortlich gemacht werden, erreichen die Klimaproteste zudem eine neue Dimension.

In Deutschland bekannte sich die linksradikale Vulkangruppe zu einem Brandanschlag auf einen Strommast in der Nähe von Berlin, durch den im März 2024 die Produktion des örtlichen Tesla-Werks unterbrochen wurde, was zu **wirtschaftlichen Verlusten in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro führte**. Andere Aktivisten verübten Anschläge auf Gaspipelines und eskalierten eine Kampagne gegen Betonhersteller mit zwei Brandanschlägen auf eine Baustelle von Cemex in Berlin. In Großbritannien durchtrennte die Gruppe Shut **Glasfaserkabel** und kappte so die Internetverbindungen von mehreren hundert Versicherern. Frankreich gilt schon länger als eines der Länder mit den militantesten Klimaaktivisten, deren Aktionen von Brandstiftungen bis hin zu groß angelegten Ausschreitungen aus Protest gegen Vorhaben wie neue Autobahnen und andere Bauprojekte reichen.

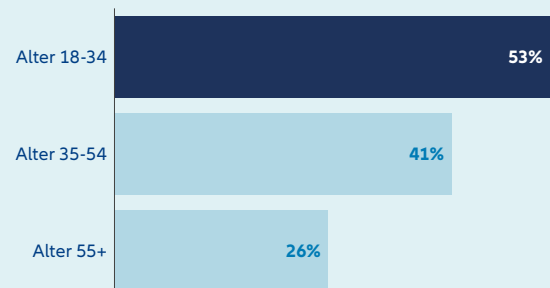
„Die Untätigkeit von Regierungen in der Klimapolitik und das Zurückrudern bei den Emissionszielen befeuern diese neue Phase des Umweltaktivismus, in der militantere Aktionen und gezieltere Taktiken dazu führen, dass Umweltproteste zunehmend von kleineren Störaktionen zu größeren kriminellen Handlungen eskalieren“, sagt **Srdjan Todorovic, Head of Political Violence and Hostile Environment Solutions, Allianz Commercial**.

4 von 10 betrachten einen feindseligen Aktivismus als legitimes Mittel, um Veränderungen durchzusetzen

Ich halte einen feindseligen Aktivismus für legitim, um Veränderungen zu erreichen:



Mehr als die Hälfte aller jungen Erwachsenen befürwortet feindseligen Aktivismus



Quelle: 2025 Edelman Trust Barometer. CNG_MECH. Was für Maßnahmen würden Sie gutheißen, um gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen, die Ihnen und Ihrer Familie Ihrer Meinung nach eine bessere Zukunft ermöglichen würden? Wählen Sie für jede der folgenden Möglichkeiten, Veränderungen herbeizuführen, die Aussage aus, die am besten beschreibt, wie Sie sich fühlen würden, wenn jemand dies täte. 4-Punkte-Skala, Codes 3-4, Zustimmung. Die Frage wurde der Hälfte der Stichprobe gestellt. Allgemeine Bevölkerung, Durchschnitt für 28 Märkte und nach Alter. Die Daten zu „feindseligem Aktivismus“ sind ein Nettoprozentsatz der Attribute 7-10, d.h. der Prozentsatz der Befragten, die einem oder mehreren der vier Punkte zustimmen.

Risikomanagement und Versicherung

In unruhigen Zeiten müssen Sie schnell handeln, um Ihre Mitarbeitenden und Ihr Eigentum zu schützen.

Die anhaltende politisch motivierte Gewalt und weltweit zu beobachtenden Streiks, Proteste und Unruhen stellen nicht nur für Unternehmen, sondern auch für den allgemeinen Versicherungsmarkt eine Herausforderung dar, da die Deckung weit über spezielle Produkte zur Versicherung des „Political Violence & Terrorism“-Risikos hinausreicht, sagt **Tim McGain**, **a Regional Head of Property at Allianz Commercial**.

„Fast alle Sachversicherungspolicen bieten eine gewisse Absicherung gegen Streiks, zivile Unruhen und Ausschreitungen. Die jüngsten Proteste in Chile, Südafrika und Frankreich

sowie die Black Lives Matter-Bewegung haben gezeigt, wie gravierend und folgenreich dieses Risiko sein kann.“

„Das Interesse an Versicherungen gegen politische Gewalt nimmt weiter zu. Die größte Nachfrage nach Versicherungen gegen politische Gewalt besteht bei Unternehmen, die länderübergreifend tätig sind. Aber auch bei kleineren und mittelständischen Unternehmen sehen wir ein zunehmendes Interesse an einer Absicherung dieser Risiken, was die diesbezüglich wachsenden Sorgen verdeutlicht.“

Risikominderungsprozesse

Politische Gewalt kann nicht nur finanzielle Folgen für Unternehmen haben, sondern auch Auswirkungen auf Beschäftigte, die in oder in der Nähe von Risikogebieten arbeiten, sowie auf den Betrieb, die Reputation und die Lieferketten. Was können Unternehmen tun, um ihre Vermögenswerte zu schützen und Betriebsunterbrechungen durch derartige Ereignisse zu verhindern? Die Risikoexpertinnen und -experten von Allianz Commercial empfehlen Ihnen folgende Schritte, wenn Sie Hinweise auf zivile Unruhen oder politische Gewalt mit möglichen Auswirkungen auf Ihr Unternehmen sehen.

- ✓ **Halten Sie sich über geplante Proteste und Regierungsvorhaben auf dem Laufenden und erstellen Sie**, falls noch nicht vorhanden, einen **Geschäftskontinuitätsplan** (Business Continuity Plan, BCP).
- ✓ **Überarbeiten und aktualisieren Sie Ihren BCP bei Bedarf**. Neue staatliche Vorschriften oder drohende Sanktionen können Änderungen an Ihrem BCP und Ihren Geschäftsprozessen erforderlich machen.
- ✓ **Einzelhändler mit Geschäften in Innenstadtlage sollten ihre Sicherheitsvorkehrungen erhöhen und/oder ihren Lagerbestand reduzieren** – das gilt insbesondere für Filialen mit hochwertigen Waren, Filialen multinationaler oder ausländischer Unternehmen sowie Tankstellen, Apotheken und Banken. Erwägen Sie die vorübergehende Verlagerung von Inventar oder Vermögenswerten, wenn Ihr Unternehmen mit hoher Wahrscheinlichkeit betroffen sein wird.
- ✓ **Setzen Sie verstärkte Sicherheitsmaßnahmen in den Logistikzentren um**.
- ✓ **Bereiten Sie sich darauf vor** mehr Services zu digitalisieren, um die Betriebskontinuität zu gewährleisten.
- ✓ **Stärken Sie Ihre Lieferketten** durch eine ausreichende Diversifikation über verschiedene Regionen und Lieferanten hinweg.
- ✓ **Prüfen Sie Ihre Versicherungspolicen**. In einigen Fällen können Sachversicherungen Ansprüche aufgrund politischer Gewalt abdecken. Versicherer bieten jedoch auch spezielle Deckungen, um die Auswirkungen von Streiks, Unruhen und Aufständen begrenzt zu halten.

„In unserem jährlichen Allianz Risk Barometer liegen Betriebsunterbrechungen seit zehn Jahren auf Platz 1 oder 2 der größten Risiken für Unternehmen. Die möglichen Gründe für Betriebsstörungen sind vielfältig und reichen von Naturkatastrophen über menschliches Versagen bis hin zu Vorfällen politisch motivierter Gewalt, Terrorismus, Sabotage oder Cyberangriffen, Sanktionen, Zöllen, Handelskriegen und offen ausgeführten militärischen Konflikten.

Große Unternehmen müssen die möglichen Auswirkungen von politisch motivierter Gewalt und Terrorismus auf ihre Geschäftstätigkeit ebenso berücksichtigen, wie die von Naturkatastrophen – alles andere wäre fahrlässig. Risiken im Zusammenhang mit politisch motivierter Gewalt müssen in die Geschäftsplanung und in Resilienzmaßnahmen zur Verhinderung von Betriebsunterbrechungen einfließen“, so **Todorovic**.

Vergleich von Versicherungen gegen politische Gewalt und Terrorismus: Was ist was?

Es gibt verschiedene Arten von Versicherungen, die verschiedene Risikoszenarien politischer Gewalt abdecken. Unabhängig davon, welche Art gewählt wird, können alle Versicherungsarten gegen politisch motivierte Gewalt und Terrorismus die folgenden Hauptdeckungen umfassen:

Sachversicherung

- Sachschäden an einer dem Betrieb dienenden Sache, die durch eine versicherte Gefahr entstanden sind

Betriebsunterbrechungsversicherung/ Rückwirkungsschäden (CBI)

- Rückgang der Brutto-/Nettoeinnahmen aufgrund notwendiger Betriebsunterbrechung; Aufwendungen zur Minderung des Schadens oder notwendige Aufwendungen für die Wiederherstellung des Betriebes an einem anderen Ort
Zugangsbeschränkungen infolge behördlicher Anordnungen oder militärischer Autorität;
Lieferkettenprobleme

Standalone Terrorismus- und Sabotageversicherung

- Terrorakt: Ein Akt oder eine Serie von Akten, einschließlich der Anwendung von Gewalt oder Zwang, die durch eine Person oder Gruppe von Personen, allein oder im Auftrag einer Organisation handelnd, begangen aus politischen, religiösen oder ideologischen Gründen
- Sabotage: Jede mutwillige Sachbeschädigung oder Zerstörung, die aus politischen Gründen von bekannten oder unbekanntenen Personen verübt wird

Hinweis: Eine Full Political Violence-Dekung (eine vollständige Versicherung gegen politisch motivierte Gewalt) umfasst typischerweise alle oben genannten Punkte. Die Deckung für einen der oben genannten Punkte könnte zum Beispiel Sachschäden, Betriebsunterbrechung (BI), Rückwirkungsschäden (CBI), Zugangsbeschränkung, verzögerte Inbetriebnahme bei Bauprojekten/ Ausfallversicherung umfassen.

Standalone-Versicherung gegen Streiks, Aufstände und zivile Unruhen

- Streiks: Jeder vorsätzliche Akt eines Streikenden oder ausgesperrten Arbeiters während eines Streiks; jeder Akt einer rechtmäßigen Autorität zur Unterdrückung oder Minimierung der Folgen des Streiks
- Aufstände, zivile Unruhen: Jeder politische Akt, der im Verlauf einer Störung des öffentlichen Friedens durch eine Gruppe von Personen begangen wird; jeder Akt einer rechtmäßigen Autorität zur Unterdrückung oder Minimierung eines Aufstands
- Böswillige Schäden: Der Sachschaden oder die Zerstörung, die durch einen böswilligen politischen Akt während einer öffentlichen Störung verursacht werden.

Krieg und kriegsähnliche Gefahren

- Aufruhr, Revolution und Rebellion: Organisierter bewaffneter Widerstand von Bürgern/Untertanen gegen die Gesetze einer souveränen Regierung
- Staatsstreich (Putsch); Meuterei: Plötzlicher, gewaltsamer und illegaler Sturz einer souveränen Regierung; Widerstand von Mitgliedern der gesetzlich bewaffneten oder friedenserhaltenden Kräfte gegen einen vorgesetzten Offizier
- Krieg; Bürgerkrieg: Konflikt zwischen zwei oder mehr souveränen Nationen, erklärt oder nicht erklärt; ein Krieg, der zwischen oder unter gegnerischen Bürgern desselben Landes oder derselben Nation geführt wird

Über Allianz Commercial

Allianz Commercial ist das Kompetenzzentrum und die globale Sparte der Allianz Gruppe für die Versicherung von mittelständischen Unternehmen, Großunternehmen und Spezialrisiken. Zu unseren Kunden zählen die weltweit größten Verbrauchermarken, Finanzinstitute und Industrieunternehmen, die globale Luft- und Schifffahrtsindustrie sowie Familienbetriebe und mittelständische Unternehmen, die das Rückgrat der Wirtschaft bilden. Wir decken auch einzigartige Risiken wie Offshore-Windparks, Infrastrukturprojekte oder Filmproduktionen ab.

Angetrieben durch die Mitarbeiter, die Finanzkraft und das Netzwerk der von Interbrand als weltweit führende Versicherungsmarke eingestuften Allianz, arbeiten wir gemeinsam daran, unsere Kunden auf die Zukunft vorzubereiten: Sie vertrauen darauf, dass wir eine breite Palette an traditionellen und alternativen Risikotransferlösungen, hervorragende Risikoberatung und multinationale Dienstleistungen sowie eine reibungslose Schadenabwicklung bieten.

Unter dem Markennamen Allianz Commercial sind das Großkundenversicherungsgeschäft der Allianz Global Corporate & Specialty (AGCS) und das Gewerbeversicherungsgeschäft der nationalen Allianz Property & Casualty-Einheiten für mittelständische Unternehmen zusammengefasst. Wir sind in über 200 Ländern und Territorien entweder mit eigenen Teams oder über das Netzwerk der Allianz Gruppe und Partner vertreten. Im Jahr 2023 erwirtschaftet das integrierte Geschäft der Allianz Commercial weltweit rund 18 Milliarden Euro an Bruttoprämien.

Weitere Informationen und Kontakte

Ausführlichere Informationen zur Versicherung gegen politische Gewalt und Terrorismus erhalten Sie von Ihrem regionalen Ansprechpartner bei Allianz Commercial.

commercial.allianz.com

E-Mail: az.commercial.communications@allianz.com

Haftungsausschluss & Copyright

Copyright © 2025 Allianz Commercial / Allianz Global Corporate & Specialty SE. Alle Rechte vorbehalten.

Das in dieser Publikation enthaltene Material dient lediglich der allgemeinen Information. Obwohl alle Anstrengungen unternommen wurden, um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Informationen korrekt sind, werden diese Informationen ohne jegliche Zusicherung oder Gewährleistung bezüglich ihrer Richtigkeit bereitgestellt, und weder die Allianz Global Corporate & Specialty SE noch ein anderes Unternehmen der Allianz Gruppe kann für etwaige Fehler oder Auslassungen verantwortlich gemacht werden.

Alle Beschreibungen des Versicherungsschutzes unterliegen den Bestimmungen, Bedingungen und Ausschlüssen, die in der jeweiligen Police enthalten sind. Bei Fragen zum Versicherungsschutz wenden Sie sich bitte an Ihren lokalen Ansprechpartner im Underwriting und/oder Makler. Alle Verweise auf Websites Dritter dienen ausschließlich Ihrer Information und stellen keine Billigung des Inhalts dieser Websites durch die Allianz dar. Weder die Allianz Global Corporate & Specialty SE noch eine andere Gesellschaft der Allianz Gruppe ist für den Inhalt dieser Websites Dritter verantwortlich und weder die Allianz Global Corporate & Specialty SE noch eine andere Gesellschaft der Allianz Gruppe gibt eine Zusicherung hinsichtlich des Inhalts oder der Richtigkeit des Materials auf diesen Websites Dritter.

Allianz Global Corporate & Specialty SE, Königinstraße 28, 80802 München, Deutschland.

Registergericht: München, HRB 208312

April 2025